

## Studie zur MVV-Erweiterung - Abschluss Phase 1, Beginn Phase 2

Gremium:	<b>Hauptausschuss Plenum</b>	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	<b>HA: 6 PL:</b>	Zuständigkeit:	Tiefbauamt
Sitzungsdatum:	<b>HA: 21.02.2022 PL: 25.02.2022</b>	Stadt Landshut, den	28.01.2022
Sitzungsnummer:	HA: 21 PL: 22	Ersteller:	Aß, Franziska Rottenwallner, Thomas

### Vormerkung:

Die Stadt und Landkreis Landshut beteiligen sich an der Grundlagenstudie zur Verbunderweiterung des Münchener Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) um die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Landshut, Miesbach, Mühldorf, Rosenheim, Weilheim-Schongau und die kreisfreien Städte Landshut und Rosenheim. Darin werden neben umfangreichen Fahrgasterhebungen auch die Möglichkeiten zur tariflichen Integration in den MVV sowie die damit verbundenen Rahmenbedingungen, Grundlagen und Kosten untersucht. Ziel sollte ein einheitlicher Tarif sowie die Möglichkeit sein, einheitliche Tarif-, Preis- und Beförderungsbedingungen in der Region zu ermöglichen. Mit dem MVV-Beitritt wäre eine SPNV-Integration in den **Gemeinschaftstarif** verbunden, welche die Attraktivität des ÖPNV in Stadt und Landkreis Landshut deutlich steigern und zu einem Mehrwert für Fahrgäste führen könnte. Beispielsweise könnte ein solcher Mehrwert darin bestehen, dass sich die ÖPNV-Benutzer im MVV-Gebiet mit nur *einem* Ticket fortbewegen könnten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die vom MVV betriebene geplante S-Bahn S21X auch ohne Verbunderweiterung mittelfristig die Stadt Landshut erreichen soll (Baubeginn voraussichtlich 2028).

### 1. Untersuchungs- und Entscheidungsprozess

Im Fall der Stadt Landshut beruht die bisherige Teilnahme auf dem Beschluss des Plenums vom 18.10.2019. Die zu erstellende Studie ist in drei aufeinander aufbauende Phasen gegliedert.

- In **Phase 1** wurden Strukturdaten (z.B. Verkehrsströme, Tarife, ÖPNV- und SPNV-Angebote) und Grundlagen (organisatorisch und rechtlich) analysiert sowie die verkehrliche Sinnhaftigkeit der MVV-Integration geprüft.
- In **Phase 2** erfolgt die Prüfung der wirtschaftlichen Wirkungen einer Verbundintegration, die Ermittlungen zu (Minder-)Einnahmen sowie Tarifentwicklung- und Ausgestaltung beinhaltet. Weiterhin werden Vorschläge zur Einnahmeaufteilung, Tarifharmonisierungsverlust-Berechnung und Organisationsentwicklung dargestellt. Die Verkehrserhebung für Landshut Stadt und Landkreis ist von 12.2022 bis 12.2023 vorgesehen.
- Abschließend werden in **Phase 3** im Falle der positiven Entscheidung über den MVV-Beitritt die benötigten Tarif-Eckwerte, die Aussagen zur personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungsfähigkeit und zur Förderfähigkeit des Verlustausgleichs geprüft. Eine Verbundintegration von Stadt und Landkreis Landshut wäre frühestens im 4. Quartal 2025 möglich.

### 2. Sachstand und Zwischenergebnis

Der Schlussbericht zur **Phase 1** liegt vor (Anlage 1). Die wesentlichen Ergebnisse sind in einem Steckbrief der wichtigsten Kennzahlen für Stadt und Landkreis Landshut kurz zusammengefasst (Anlage 2). Nach Ansicht des MVV steht im Zwischenergebnis fest, dass ein MVV-Beitritt

von Stadt und Landkreis Landshut aus verkehrlicher Sicht sinnvoll wäre. Maßgeblich für diese Beurteilung sind vor allem

- die starke Verflechtung mit dem MVV-Raum (dem wird im Rahmen des gemeinsamen Nahverkehrsplanes weiter nachgegangen),
- die enormen Pendlerbeziehungen im MVV-Raum (insgesamt 6.000 Pendler mehr als mit dem übrigen Niederbayern) und
- die voraussichtlich weiter zunehmenden Einwohner- bzw. Beschäftigtenzahlen, insbesondere im Landkreis Landshut, aber auch in der Stadt Landshut (mit ca. 3.000 SVB-Pendlern).

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Stadtrats hat die Verwaltung bereits am 01.07.2021 beauftragt, den Bericht sachlich zu prüfen, aber dem Plenum bereits vorberatend empfohlen, den Fortlauf der Studie und somit die Teilnahme an der Phase 2 zu beschließen.

Bei der Prüfung des Berichts der Ergebnisse der Phase 1 hat sich insbesondere Folgendes ergeben:

- Die erwartete Darstellung von Veränderungen auf die Verkehrsverlagerungen, Fahrgastzahlen, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen wurden nicht ausreichend aufgezeigt.
- Die Relation zwischen Aus- und Binnenpendlern wurde nicht hinreichend ausgewertet. Ebenso wenig wurde untersucht, nach welchen Gruppen das Tarifsysteem ausgerichtet werden kann.
- Es wurde nur ein Vollbeitritt der Stadt und des Landkreis Landshut zum MVV untersucht, nicht dagegen, welche Varianten eines kooperativen Beitritts mit Fortbestehen des LAVV möglich sind.

Dies und ihre weiteren Erwartungen haben die Stadt Landshut und der Landkreis Landshut dem MVV mit Schreiben vom 16.11.2021 (Anlage 3) mitgeteilt und zusätzlich am 26.11.2021 einen gemeinsam mit dem LAVV erstellten umfangreichen Fragenkatalog zu einzelnen Ergebnissen der Phase 1 (Anlage 4) übermittelt. Der MVV äußerte sich hierzu mit Schreiben vom 20.01.2022 (Anlage 5). Es wurde mitgeteilt, dass die Ergebnisse der Phase 1 vollständig vorliegen würden und weitere konkrete Aussagen auf der bisherigen Datengrundlage nicht möglich seien. Die Gewinnung und Auswertung von Daten ist besonders schwierig. Ursächlich hierfür sind die seit März 2020 anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die ÖPNV-Benutzung und teilweise die mangelnde Bereitschaft der Busunternehmen zur Überlassung von Vertriebsdaten.

Ein Beitritt von Stadt und Landkreis Landshut könne jedoch – wie sich aus einem Vergleich mit anderen Fällen einer Verbunderweiterung (Hamburg, Regensburg) schon jetzt ergibt, sehr positive Auswirkungen haben. Beispielsweise habe die Integration des Landkreises Straubing in den RVV Regensburg zu einem Fahrgastzuwachs um 10 bis 15 % geführt. Übertragen auf Stadt und Landkreis Landshut ließe dies eine Zunahme von 1.400 bis 2.000 Fahrten pro Werktag allein im SPNV und eine Reduzierung von Autofahrten um bis zu 1.100 Fahrten pro Werktag (also 300.000 Fahrten pro Jahr) erwarten.

Stadt und Landkreis Landshut wurden vom MVV gebeten, die Entscheidung über die Teilnahme an der Phase 2 bis spätestens Ende März 2022 mitzuteilen.

Nach Ansicht der Verwaltung können noch fehlende Daten und Einschätzungen im Zuge der Phase 2 gewonnen werden. Hierfür sprechen insbesondere die bei der Arbeitskreissitzung auf SachbearbeiterInnenebene am 25.01.2022 gewonnenen Erkenntnisse.

Dem Wunsch nach einer Förderung der Untersuchungskosten für eine zusätzlichen Verbundstudie Nieder-/Oberbayern, für die sich die Aufgabenträger Stadt Landshut und die Landkreise Altötting, Dingolfing-Landau, Kelheim, Landshut, Mühldorf a. Inn und Rottal-Inn aussprechen, kann nach dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr aufgrund von begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln nicht nachgegangen werden. Die Förderung einer zweiten Verbundstudie wäre nur möglich, wenn die in Phase 1 geprüfte verkehrliche Sinnhaftigkeit nicht bejaht würde.

## **Beschlussvorschlag:**

1. Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt den vom MVV erstellten Steckbrief der wichtigsten Kennzahlen für Stadt und Landkreis Landshut zur Kenntnis.
3. Dem Fortlauf der Studie und somit der Teilnahme an der Phase 2 wird zugestimmt, sofern der Landkreis Landshut sich ebenfalls am Fortlauf der Studie beteiligt.
4. Sollte der Landkreis Landshut sich gegen die weitere Teilnahme an der Phase 2 entscheiden, wird mit dem MVV erörtert, inwieweit eine alleinige Teilnahme der Stadt Landshut sinnvoll ist. Das Ergebnis der Erörterung wird dem Stadtrat ggf. zur Entscheidung vorgelegt.

## **Anlagen: (nicht-öffentlich)**

Anlage 1 - Abschlussbericht Phase 1

Anlage 2 - Steckbrief der wichtigsten Kennzahlen für Stadt und Landkreis Landshut

Anlage 3 - Schreiben Stadt und Landkreis an den MVV vom 16.11.2021

Anlage 4 - Fragenkatalog vom 26.11.2021

Anlage 5 - Antwortschreiben MVV vom 20.01.2022